

Aufforderungsschreiben zur Beantragung eines erweiterten Führungszeugnisses gem. § 30a Abs. 2 Bundeszentralregistergesetz (BZRG)

Hiermit bestätigt der ambulante Hospizdienst _____, dass Frau/Herr _____, geb. _____, wohnhaft: _____ aufgefördert wurde, für seine zukünftige Tätigkeit beim ambulanten Hospizdienst ein erweitertes Führungszeugnis gem. § 30a BZRG vorzulegen.

Das erweiterte Führungszeugnis wird benötigt im Rahmen der nachfolgenden Tätigkeit:

- Prüfung der persönlichen Eignung nach § 72a SGB VIII (Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Träger der freien Jugendhilfe)
- Prüfung der persönlichen Eignung gem. § 75 Abs. 2 S. 3 SGB XII (Tätigkeit bei Einrichtungen und Diensten der Eingliederungshilfe; Leistungen für [pflegebedürftige] Menschen außerhalb des SGB XI)
- berufliche oder ehrenamtliche Beaufsichtigung, Betreuung, Erziehung oder Ausbildung Minderjähriger
- sonstige Tätigkeit, die in vergleichbarer Weise geeignet ist, Kontakt zu Minderjährigen aufzunehmen

Ort, Datum _____

Unterschrift/Stempel des Trägers

Selbstverpflichtung: Schutz vor sexualisierter Gewalt

Im Mittelpunkt unserer Hospizarbeit steht der schwer kranke und sterbende Mensch mit seinen Wünschen und Bedürfnissen, sowie seine Angehörigen und Nahestehenden. Die Betroffenen sind im letzten Lebensabschnitt aufgrund ihrer Situation oder Erkrankung oft besonders schutzbedürftig. Ein zentrales Anliegen der Hospizbewegung ist es, eine Kultur der Achtsamkeit und des Respektes mitzugestalten und zu entwickeln, um die Würde und Selbstbestimmung von sterbenden und trauernden Menschen zu wahren (vgl. Selbstverständnis des DHPV 2018). Die Haupt- und Ehrenamtlichen übernehmen in vielfacher Weise eine große Verantwortung für die ihnen anvertrauten Schutzbefohlenen und treten entschieden dafür ein, diese vor sexualisierter Gewalt zu schützen.

Diesem Anliegen möchte ich durch die Unterzeichnung dieser Erklärung Nachdruck verleihen.

1. Ich schütze die mir anvertrauten Schutzbefohlenen vor sexualisierter Gewalt.
2. Meine Arbeit mit den mir anvertrauten Menschen ist geprägt von positiver Zuwendung, Wertschätzung und Vertrauen. Ich achte ihre Rechte und Würde.
3. Ich respektiere die Intimsphäre und die persönlichen Schamgrenzen der mir anvertrauten Menschen und Mitarbeitenden. Mit meinen eigenen Grenzen gehe ich verantwortungsvoll um.
4. Ich gehe achtsam und verantwortungsbewusst mit Nähe und Distanz um.
5. Ich spreche jede Form der Grenzverletzung an, die ich wahrnehme und leite notwendige und angemessene Maßnahmen ein.
6. Ich beziehe aktiv Stellung gegen diskriminierendes, gewalttätiges und sexistisches Verhalten, ob in Wort oder Tat.
7. Ich trete ein für eine Etablierung einer Kultur, in der Grenzverletzungen offen angesprochen werden können und die Bereitschaft besteht, gemeinsam daraus zu lernen.

* Anlage zur Empfehlung des DHPV „Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses in der ambulanten Hospizarbeit“ (Stand:29.01.2020)

Darüber hinaus erkläre ich, dass gegen mich kein Verfahren wegen der nachfolgenden Straftaten anhängig ist oder ich wegen einer der nachfolgenden Straftaten gerichtlich verteilt wurde:

- Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht (§ 171 StGB),
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§ 174 bis 184j StGB),
- Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches durch Bildaufnahmen (§ 201a StGB),
- Vorsätzliche Tötungsdelikte (§§ 211 bis 216 StGB),
- Geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung (§ 217 StGB),
- Misshandlung von Schutzbefohlenen (§ 225 StGB),
- Menschenhandel (§§ 232 bis 233a StGB),
- Menschenraub, Verschleppung, Entziehung Minderjähriger oder Kinderhandel (§§ 234 bis 236 StGB),
- Nachstellung (§ 238 StGB),
- Vorsätzliche Körperverletzungsdelikte (§§ 223, 224, 226, 227, 231 StGB),
- Raubdelikte (§§ 249 bis 255 StGB),
- Aussetzung (§ 221 StGB),
- Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz, für die eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr angedroht ist (§ 29 Abs. 3, 29a bis 30b BtMG).

Ich verpflichte mich, den ambulanten Hospizdienst umgehend zu informieren, wenn gegen mich ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen eine der o.g. Strafvorschriften eröffnet wurde.

Ort, Datum _____

Unterschrift